

# PRESSEMITTEILUNG

Dienstag, 27. Februar 2018

## Junge Union fordert digitales Bürgerbüro bis 2022

Über ein Angebot der Stadt soll es dem Bürger bis zum Jahr 2022 möglich sein, bequem über eine App oder ein Internetportal seine Behördengänge ins Bürgerbüro zu erledigen, ohne das Rathaus aufsuchen zu müssen, fordert die Junge Union in Castrop-Rauxel.

„Um uns als Stadt im digitalen Zeitalter attraktiv zu machen, ist es wichtig, den Menschen mit Technologie das Leben einfacher zu machen. Deshalb wollen wir auf dem nächsten CDU-Stadtparteitag das Ziel eines digitalen Bürgerbüros bis 2022 zur Programmatik der Unionsfamilie machen.“, erklärt JU-Chef Robin Mainz. Weiter führt er aus:

„Im entworfenen Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD finden sich nicht nur gute Ansätze, sondern wichtige und richtige Ideen zum Einsatz des elektronischen Personalausweises und das Bekenntnis zu einem Bürgerportal. Das ist für die Verwirklichung eine große Stütze für Kommunen. Die Annahme des Koalitionsvertrags nun auf dem Bundesparteitag der CDU freut uns so besonders.“

Das Land Nordrhein-Westfalen fördere derzeit mit rund 91 mio. Euro in fünf Pilotkommunen, welche bis 2020 ihre Rathäuser digitalisieren sollen.

„Nachdem in den geförderten Vorreiterkommunen NRWs bereits 2020 die Digitalisierung im Rathaus angekommen sein soll, sollte es möglich sein, dass wir in den zwei Folgejahren uns mit Castrop-Rauxel anschließen. Das entsprechende Knowhow steht dann bereits zur Verfügung und es verbleiben noch volle zwei Jahre, um Konzepte bereits vorzubereiten.“, ergänzt die stellvertretende Vorsitzende Annabell Sindorio.

Zur Schaffung eines solchen digitalen Angebotes müsse geprüft werden, inwiefern bereits die Dateninfrastruktur vorhanden ist. Auch sei es notwendig zu prüfen, wie sich die Umsetzung der Softwareangebote am besten gestalten ließe, also ob es kostengünstiger wäre selbstständig eine entsprechende App und ein solches Internetportal zu entwickeln oder ob der Einkauf von bereits vorhanden Lösungen wäre.

„Bis dahin muss das Land NRW Klarheit über die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen haben, damit die Kommunen darauf basierend dann auch Tatsachen schaffen können.“, ergänzt Sindorio.

Man sei aber zuversichtlich, dass ein solches Projekt nicht daran scheitern würde, die aktuelle Landesregierung habe durch das starten des Pilotprojektes Willen bekundet, in Sachen Digitalisierung als Partner der Städte zu fungieren.

„Das Bürgerbüro ist in Castrop-Rauxel oft eine Dauerbaustelle. Mit digitalen Angeboten kann da Abhilfe geschaffen werden. Davon würden beide Seiten, sowohl der Bürger, als auch die Verwaltung nur profitieren. Die Einführung der CAS-App ist ein Schritt in die richtige Richtung, jetzt wäre es nur konsequent, den hier eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen und das Rathaus für die Bürger weiter zu digitalisieren. Auch das Bürgerbüro kann nur ein Anfang sein, auch weitere Teile der Verwaltung, wie das Gewerbeamt, haben noch Potential durch die digitalen Möglichkeiten.“, erklärt Mainz abschließend.

Verantwortlich: **Jonas Ehm** (Pressesprecher) • **Robin Mainz** (Vorsitzender)

Junge Union Castrop-Rauxel

Wittener Straße 41 • 44575 Castrop-Rauxel • Tel: 02305 440480 • Fax: 02305 440482  
info@ju-castrop-rauxel.de • www.ju-castrop-rauxel.de